

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 175.—
Markt, durch Boten bezogen monatlich 180.—
Markt, bei Postbezug monatlich 180.— Markt freibleibend, Er-
scheinung wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 8.— Markt,
Sonntags 10.— Markt, Postfachkonto: Amt Leipzig Nr.
16 664. Geschäftsstelle: Salmstraße 4. Für unerbetene Zu-
sendungen ist keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

Anzeigenpreis: Der halbjährige Willkommener Jahrgang 6.— Markt
und der halbjährige Willkommener Jahrgang 6.— Markt
raum 27.— Markt. Die laufende Monatsausgabe mit
von Bezieher auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit
20.— Markt in Zahlung genommen. Ziffergröße 8.— Markt.
Porto besonders. Anzeigen für den Vormittag 10 Uhr.
Belegnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber: Ludwig Balß

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 257.

Mittwoch, den 1. November 1922.

162. Jahrgang.

Die Verhandlungen mit der Repko in Berlin.

Begrüßung der Reparationskommission.

Die Reparationskommission, wurde am Dienstag mittag 12 Uhr vom Reichskanzler in Gegenwart der an dem kommenden Verhandlungen beteiligten Staatssekretäre empfangen. Der Reichskanzler begrüßte die Reparationskommission und insbesondere den neuernannten Vorsitzenden, Herrn Louis Barthelemy, dem es vergönnt sein möge, sein Amt mit Erfolg für die in der Reparationskommission vertretenen Völker (!) und für Deutschland zu führen, und die Voraussetzungen zu schaffen, die für jede künftige ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit der europäischen Völker und damit auch die Nationen der Welt notwendig sind. Er begrüßte die Initiative, Geduld und Geduld zusammenzuführen, um einen Ausweg zu finden. Die bisherigen Versuche, aus der kranken deutschen Wirtschaft möglichst große Leistungen herauszuholen, hätten weder Gläubiger noch Schuldner befriedigt. Der richtige Weg sei, erst die kranke Wirtschaft zu heilen. Deshalb sei die Stabilisierung der Währung das Kernproblem der Aufgabe. Der Kanzler begrüßte deshalb die Mitteilung der Reparationskommission, daß Gegenstand der vorliegenden Verhandlungen die Stabilisierung der Mark und der Ausgleich des Budgets sein sollen. Die Aufgabe sei, schnell zu praktischen Vorkehrungen zu kommen und sie mit raschem Entschluß durchzuführen. Auf diese Ansprache des Reichskanzlers zeigte der Vorsitzende der Reparationskommission Barthelemy, die Gründe dar, die die Reparationskommission veranlaßt hatten, sofort mit der deutschen Regierung in Verbindung zu treten. In den Worten des Kanzlers liege ein Zeugnis und ein Programm. Was das Zeugnis anlangt, das der Reichskanzler über die Lage Deutschlands ablegte, so nehme es die Reparationskommission zur Kenntnis, ohne sie für Augenblicke zu erweitern. Was das Programm angeht, so habe der Reichskanzler eher Fragen aufgeworfen, als Lösungen gewiesen. Diese Fragen seien indes durchaus diejenigen, die in das Arbeitsgebiet der Reparationskommission fielen.

Der Augenblick sei gekommen, ohne Umschweife zu sprechen und an die Arbeit zu gehen. Es wurde hierauf beschlossen, die Verhandlungen sofort zu beginnen. Die erste Sitzung der Reparationskommission mit den beteiligten deutschen Ressorts hat am Dienstag nachmittag im Reichsfinanzministerium stattgefunden.

Die Verhandlungen.

Die gestrige Sitzung der deutschen Ressorts mit der Reparationskommission war fast vollständig ausgefüllt mit eingehenden Darlegungen von Dr. Hermes und Dr.

Schröder über die Lage des deutschen Budgets. Außerdem nahmen die Staatssekretäre Fischer und Bergmann teil. Die Delegierten der Reparationskommission stellten hier und da Zwischenfragen. Die Beratungen werden Mittwoch nachmittag um 4 Uhr fortgesetzt werden. Die Delegierten der Reparationskommission traten am Dienstag nachmittag zu einer internen Beratung zusammen, in deren Verlauf das Projekt Delacroix besprochen wurde.

Französische Indikatoren gegen die Forderungen der Reparationskommission.

Der „Intransigent“ meldet: Eine Kommission von Sachleuten, die am Dienstag im französischen Wiederaufbauministerium eine Beratung abhielt, erklärte die neuesten Forderungen der Reparationskommission für viel zu hoch.

Die amtlichen Berichte.

Im „Tag“ lesen wir:

Die Regierung beabsichtigt, über die gestrige Besprechung mit der Reparationskommission eine amtliche Erklärung zu veröffentlichen. Dies konnte bisher nicht erfolgen, weil die Vereinbarung getroffen wurde, daß der Bericht gleichzeitig mit dem der Reparationskommission sein sollte.

Es scheint also die Absicht zu bestehen, Presse und öffentliche Meinung von der Teilnahme an den Verhandlungen über den Nichtsein der deutschen Wirtschaft und des letzten Wessels deutscher Selbständigkeit zu ausschließen. Bekanntlich ist die Geheimdiplomatie abgelehnt! Mag die Reparationskommission ein Interesse an der Geheimhaltung der Verhandlungen haben, die deutsche Regierung hat es sicherlich nicht.

Unseres Erachtens hat das deutsche Volk ein Recht, über die Verhandlungen auf dem laufenden gehalten zu werden, und zwar nicht nur soweit, wie es der Reparationskommission gefällt. Wir wollen nicht wieder, wie bei den Verhandlungen des Ministers Herms in Paris, vor eine vollendete Tatsache gestellt werden, an der hinter auch der Reichstag, der angeblich Souverän des Deutschen Reiches, nichts mehr ändern kann.

Es erwidert uns unerträglich, daß die deutsche Regierung ihre Presseberichte der Reparationskommission zur Genehmigung vorlegt.

Ausschreibung neuer Steuern.

3. Verbot jeder Spekulation mit fremden Devisen. Die jüngsten Verfügungen der Regierungen werden dahin ergänzt werden müssen, daß kein Ankauf von Devisen ohne vorherige Erlaubnis des Reichsfinanzministeriums möglich sein wird.

4. Aufrechterhaltung einer inneren Anleihe in Gold zum Zwecke der Erleichterung der Stabilisierung der deutschen Währung.

5. Die Goldreserve der Reichsbank ist sofort zur Unterstützung der Stabilisierung der Mark in Anspruch zu nehmen. Keinesfalls soll es der Reichsbank erlaubt sein, ihr Metall unentgeltlich liegen zu lassen. Deutschland soll keinen Zahlungsausschub erhalten, ehe die Konferenz von Brüssel über diese Fragen entschieden haben wird.

Dieses Programm ist typisch. Von einer Stellung unserer kranken Handelsbilanz, die allein eine verständliche Lösung bringen könnte, ist hier keine Rede. Es ist vielmehr ein reiner Ausraubungsplan, dem sich die Regierung stark widersetzen muß, wenn sie sich nicht weiter am Nord des deutschen Volkes mitschuldig machen will.

Die finanzjachenverständigen-Konferenz.

Die Finanzjachenverständigenkonferenz, die auf Drängen der Sozialdemokraten nach Berlin einberufen wurde, hat wie wir erfahren, zur Verhinderung der Krisenentwicklung innerhalb der Parteien, von der Deutschen Volkspartei bis zu den Sozialdemokraten, beigetragen. Die Finanzjachenverständigen haben in bisherigen Unterhandlungen mit der Regierung kein Hehl daraus gemacht, daß auch die verfassungsmäßige Ordnung bezüglich der Stabilisierung der deutschen Mark nicht den gewünschten Erfolg haben würde. Dadurch ist der Widerstand der Sozialdemokraten gegenüber dem Vorschlag der Deutschen Volkspartei, die der Zugrundelegung des neuen Gesetzes gebrochen worden, und man erwartet in den nächsten Tagen, daß die Einigung zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie in Kürze erfolgen wird. Die auswärtigen Finanzjachenverständigen haben hierbei also die Rolle der Vermittler übernommen.

Zur Frage des Achtstundentages.

In Genf hat am 18. d. Mts. die 4. internationale Arbeiterversammlung begonnen, auf der außer Deutschland noch weitere 31 Staaten vertreten sind. Die Konferenz tagt in einer Zeit, die Aufgaben zu bewältigen, Entscheidungen zu treffen hat, wie sie seit der Industrialisierung der Welt, seit Schaffung der Arbeiterorganisationen noch nicht dagewesen sind. Die große Frage auch für Genf lautet: Was kann von der organisierten Arbeiterkraft getan und durchgesetzt werden, um die Millionen Europas vor dem Hunger, vor neuen Revolutionen zu bewahren? Mit den drei Worten: Arbeitslosigkeit, Arbeitsleistung und Arbeitszeit ist das eigentliche Programm von Genf umrissen.

Es dürfte am Plage sein, sich einmal in großen Zügen über die Entwicklung in Deutschland, die gegenwärtige Lage, die harten Notwendigkeiten klar zu werden. Es ist eine alte, begriffliche und für den Fortschritt der Menschheit notwendige Schmach, dem Kampf um die Erhaltung der nackten Existenz mehr Zeit zur Pflege der Seele, zur Entfaltung der höheren Triebe im Menschen abzugewinnen, mehr Mühe zu erlangen, um „Mensch“ sein zu können. Aber auch hier geht es uns wie leider so oft auf dieser nun einmal recht unzulänglichen Welt: Wunsch und Wirklichkeit decken sich nicht, an den harten Tatsachen und bitteren Notwendigkeiten scheitern die edelsten Wünsche der Menschen! So verständlich es also ist, daß die deutsche Arbeiterkraft zu entscheidendem Einfluß in dem neuen Staat gelangte, ihre sozialen Forderungen durchsetzte und als allgemeine Norm den achtstündigen Arbeitstag einführt, so unbedingt gefährlich ist es doch, sich in dieser Frage auf einen Glaubenssatz zu verlassen, daraus ein unter allen Umständen hochzuhaltenes Dogma zu machen. Gerade derjenige, der wie die Arbeiterkraft in der Entwicklungsgeschichte eines Volkes den „ökonomischen“ Zusammenhängen, die ausschlaggebenden Einfluß einräumt, sollte sich davor hüten, angesichts der dauernd im Fluß befindlichen Dinge im starren Dogmatismus den Sinn für die Gebote der Gegenwart zu verlieren.

Wie liegen die Dinge? Lebenshaltung und Kulturhöhe eines Volkes hängen ab von der Menge der produzierten Güter, die teils dem unmittelbaren Verbrauch dienen, teils als Reserve zurückgestellt, teils an fremde Volkswirtschaften zur Bezahlung von Einfuhrwaren und für geleistete Dienste abgegeben werden müssen. Je höher diese Produktion, desto reichhaltiger die Lebensführung des Einzelnen. Nun haben die langen Jahre des Krieges nicht nur die Produktivkraft der Völker um uns her gerichtet, den Umfang der Weltproduktion erheblich gemindert, sondern gerade unter als allgemeine Volkswirtschaft hat unter dem verheerenden Einfluß des Krieges und der Revolution in materieller und moralischer Hinsicht besonders zu leiden gehabt. Der sog. Friedensvertrag hat den deutschen Wirtschaftskreislauf vernichtet. Auf dem verelendeten deutschen Reichsgebiet leben heute verhältnismäßig mehr Menschen als vor dem Krieges. Es gilt also einen außerordentlich hohen Ausfall an produzierten Gütern gegenüber dem Vorkriegszustand zu decken, wenn das deutsche Volk auch nur in etwa zur Lebenshaltung von 1913 zurückkehren will. Das hat Dr. Rathenau in Gannes am 12. Januar d. J. vor dem Obersten Rate eindringlich dargelegt. Er sagte da: Deutschland ist ein Land der Vohrhardt und hat als Zahlungsmittel für alles, was es kaufen muß, nur seine Handarbeit. Wenn die von einer arbeitenden Bevölkerung von 2 Millionen ausgeht und pro Kopf 2400 Arbeitsstunden im Jahre rechnet, so beträgt der Gesamtmarkt der von Deutschland aufzubringenden Arbeitsstunden nicht mehr als 50 Milliarden. Davon sind mehr als 9 Milliarden für Arbeit aufgewandt, die wir vor dem Kriege nicht aufwenden brauchten, d. h. fast 1/5 der gesamten Arbeitsstunden.“ Was Rathenau in Gannes noch nicht berücksichtigt, war die für die Leistung der Reparationen erforderliche Mehrarbeit. Im Rahmen des Londoner Zahlungsplanes ist sie auf jährlich etwa weitere 2,4 Milliarden Arbeitsstunden zu schätzen. Es ergibt sich demnach gegenüber der Vorkriegszeit ein notwendiger Mehraufwand an Arbeitsleistung von jährlich mindestens 11,4 Milliarden Arbeitsstunden! Nur wenn Mehrarbeit, ganz gewaltige Mehrarbeit geleistet wird, kann das deutsche Volk hoffen, aus der jenen wirtschaftlichen Not herauszukommen. Denn darüber muß man sich klar sein: so einschneidend auch die Veränderungen auf dem Gebiete des Geldwertes sind, sie sind nur Symptome, nur Folgen einer tiefer liegenden Ursache: der unzureichenden Gütererzeugung. So gewiß diese durch Verbesserung der technischen Produktionsanlagen gegeben werden kann, so gewiß ist es aber auch, daß ohne ausreichende Mehrleistung der Kampf gegen den Hunger nicht mit Erfolg zu führen ist.

Tageschronik

Das Nordprogramm der Reparationskommission.
Mussolini auf seinen Frankreich gegen Deutschland.
Die Ungarregierung lehnt ein Zusammenarbeiten mit der Konstantinopel Regierung ab.
Staatsrat Meyer in München lehnt die Ministerpräsidentenschaft ab.
Wien bezahlt seine Schulden an Berliner Banken.
Dänig gegen die Danziger Deutschen.
Memel verlangt Abstimung der Bevölkerung.

Das angebliche Programm der Reparationskommission.

Das Pariser „Journal“ erklärt, daß die Reparationskommission eine feste Programm nicht beschließen wird, das aber in seinen Grundzügen von Deutschland angenommen werden müsse. Das Programm enthalte folgende Punkte:

1. Einrichtung einer sehr genauen interalliierten Kontrolle der Finanzen nicht nur im Reich, sondern auch in den Einzelstaaten. Das Garantietomitee wird seinen Wohnsitz in Berlin nehmen.

2. Beschränkung der Einnahmen der im letzten Jahre vom Reichstag angenommenen Steuern sowie

3. Beschränkung der Einnahmen der im letzten Jahre vom Reichstag angenommenen Steuern sowie

Das sind die „Zwischen“, die von der deutschen Arbeiterkass...
Der Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ erklärt von einer leitenden Finanzpersonlichkeit, daß das Abkommen...
Durchführung des Stinnes-Lubersack-Vertrages.

Durchführung des Stinnes-Lubersack-Vertrages.

Der Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ erklärt von einer leitenden Finanzpersonlichkeit, daß das Abkommen Stinnes-Lubersack durchgeführt werden würde. Stinnes habe erklärt, daß die ersten Lieferungen in nächster Zeit beginnen würden, und, wenn er einen Kontrakt unterzeichnete, pflege er ihn auch durchzuführen.

Bestimmung zwischen Lloyd George und Bonar Law?

Aus London wird gemeldet: Die Konservativen haben für dreißig Tage Gegenkandidaten aufgestellt, die Lloyd George für sich beanspruchen und Lloyd George hat geäußert, daß er Wiederbewerterung übernehme und noch über weitere 100 oder 150 Kandidaten verfüge, die er aufstellen werde, falls die Tories ihren Widerstand nicht aufgeben.

Mussolini als neuer Machthaber.

Beginn der faschistischen Demobilisation.

Das Kabinett Mussolini hat die Demobilisation der faschisten Montag Nacht angeordnet, die mit dem Dienstag zu beginnen hat. Das Kabinett, das die faschistische Bewegung leitete, wird aufgehoben. Mussolini hat den Befehl gegeben, alle faschistischen Organisationen zu schließen, alles aufzulösen, um weitere Zusammenstöße zu vermeiden.

Die ersten Regierungshandlungen Mussolinis.

Die ersten Taten des Kabinetts Mussolini sollen nach einer Regierungserklärung in der Anerkennung des Völkers, Aufnahme von Finanzverhandlungen mit den Vereinigten Staaten und Abhaltung einer Sitzung am 4. November bestehen.

Stefano Forza tritt zurück.

Der italienische Botschafter in Paris Graf Forza übermittelte dem neuen Ministerpräsidenten Mussolini seine Demission und erklärte in einem Schreiben an seine Regierung, er begehre die freundschaftlichen Beziehungen für die neue Regierung, aber in einer Außenpolitik, die eine Politik und nicht einfach eine Summe von Gefühlen und Empfindungen sei, habe alles seinen Zusammenhang.

Heber die

Stellung des neuen Kabinetts zu Deutschland

liegt eine Äußerung des Berliner Vertreters des Hauptfaschistenorgans, des „Popolo d'Italia“, gegenüber einem Vertreter des „Erfolger“, vor, wonach Italien mit Frankreich zusammenarbeiten und dessen gerechte (!) Ansprüche in der Reparationsfrage zu unterstützen wünscht. Italien werde niemals zustimmen, daß Österreich in Deutschland aufgehen. Eine gemeinsame Grenze mit Deutschland wünscht Italien nicht. Die Ziffer der Grenze sei heilig. Italien werde nicht gefesselt, daß im Falle der Sowjets eine von Deutschland unterstützte Agitation stattfindet. Eine Wiederherstellung der österreichisch-ungarischen Monarchie dürfe nicht erfolgen. Das Adriatische Meer sei vollkommen als ein inneres italienisches Meer anerkannt worden. Die Formel, das Mittelmeer den Völkern des Mittelmeeres habe Mussolini sich zu eigen gemacht. Italien beansprucht ferner keinen Platz im Orient, ohne daß es gegenüber der Türkei imperialistische Zwecke verfolgt.

Aus dem nahen Osten.

Zwei Angora-Noten.

Einer Korrespondenzmeldung aus Konstantinopel zufolge, haben die Vertreter der Angora-Regierung am Dienstag zwei Noten an die internationalen Kommissare gerichtet. In der ersten Note erklärt sich die Angora-Regierung mit der Zahl 10 Millionen für die Konferenz einverstanden, fordert aber Erleichterungen für die Verbindungen zwischen Baulanne und Angora. In der zweiten Note protestiert die Regierung gegen die an die Konstantinopeler Regierung gerichtete Einladung. Diese Einladung verleihe dem Einfluß der Angora-Regierung die Konferenz zu fern zu halten.

Türkische Kundgebungen gegen die Entente?

In französischen amtlichen Kreisen herrscht Verwirrung wegen der Haltung der Türken. Der Lauch-Vertrag hat offenbar Informationen erhalten, wonach die Türken Forderungen stellen wollen, die von den verbündeten Großmächten nicht angenommen werden können. Auf türkischer Seite scheint der Verdacht zu bestehen, daß die Großmächten den Sieg der Kemalisten nicht in dem von Angora gewünschten Umfang Rechnung tragen werden. Die Bestimmung der Türken hat Auswirkungen zur Folge gehabt, über die Genauerer bisher nicht mitgeteilt wurde. Allen Anschein nach waren diese Auswirkungen gegen die Entente gerichtet. Franzosen und Engländer scheinen somit mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Türken in ihrem Innern die Waffenstillstandsbedingungen verletzen und nach Konstantinopel marschieren könnten.

Zur bayerischen Ministerkrise.

Staatsrat Meyer lehnt die Wahl ab.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ mitteilen, hat der Staatsrat Dr. Meyer in bayerischen Justizministerium, der von der Deutschen Volkspartei als Nachfolger des Grafen von Helldorf als Ministerpräsident in Aussicht genommen war, erstlich, von seiner Person für die Wahl als Ministerpräsident Abstand zu nehmen.

Einfuhrzölle für Auslandszucker.

Die Einfuhr von Auslandszucker ist ab 16. November nur noch auf Grund behördlicher Einfuhrbewilligung zulässig. Die Einfuhrzölle konnte vorgemerkt werden. Damit gerechnet werden kann, daß der Mundbedarf der Bevölkerung aus der Inlandszucker hinlänglich befriedigt werden kann. Die erste Verteilung von Inlandszucker neuer Ernte erfolgt im November.

3. und 4. Provinziallandtags-Sitzung.

Die Wahl eines Landesrats. — Die Kriegsbeldschädigten-Fürsorge.

Präsident Weims eröffnet um 1/2 5 Uhr nachmittags die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mitteilungen und erteilt darauf dem

Abg. Ried das Wort zum Bericht über die Beteiligung des Provinzialverbandes an Elektrizitätsunternehmungen.

Der Provinziallandtag wolle im Anschluß an die vom 30., 32., 33. und 34. Provinziallandtage ausgesprochenen Beschlüssen zur weiteren Förderung der Elektrizitätsversorgung in der Provinz Sachsen wie folgt beschließen:

1. Der Provinzialausfuhr wird ermächtigt, den Provinzialverband an Unternehmungen, welche der öffentlichen Elektrizitätsversorgung dienen, in einer weiteren Höhe bis zu 100 Millionen Mark unter den vom 30. Provinziallandtag festgelegten Bedingungen zu beteiligen und eine entsprechende Anleihe unter den von ihm festzulegenden Bedingungen aufzunehmen.

2. Der Provinzialausfuhr wird ermächtigt, für mehrere Darlehen von Unternehmungen, welche der öffentlichen Elektrizitätsversorgung dienen, bis zur Höhe von 400 Millionen Mark die selbstschuldnerische Bürgschaft unter den vom 30. Provinziallandtag festgelegten Bedingungen zu übernehmen.

3. Der Beschluß des 33. Provinziallandtages vom 15. April 1921, nach welchem an Elektrizitätsunternehmungen zinslose Darlehen für den Ausbau noch unversorgter Gebiete und für den Bau von Hochvolt-Leitungen gewährt werden können, wird dahin geändert, daß diese Darlehen nicht nur den Unternehmungen, sondern auch kommunalen Verbänden der Provinz, gegeben werden können.

Abg. Wallat entwickelt seinen Standpunkt und gibt im Verlaufe seiner Ausführungen zu verstehen, daß wohl nur die Kommunitäten zur Kritik berechtigt seien. — Nachdem auf Antrag des Berichterstatters der letzte Punkt der Vorlage getrieben wird, nimmt die Versammlung die oben genannten Punkte an.

Die Besoldungsordnung.

begründet Abg. Weber (S. E. P. D.). Der Abg. Baier (Komm.) kommt auf die Arbeitszeit zu sprechen, die nicht im Sinne der Beamtenschaft läge. Landeshaupmann Dejer erinnert, daß der Landtag auf seiner letzten Tagung selbst einen diesbezüglichen Beschluß gefaßt habe. Es entspricht also dem Verlangen des Landtages, wenn die geteilte Arbeitszeit eingeführt worden ist.

Drei kommunistische Anträge werden abgelehnt, die Vorlage des Ausschusses angenommen. Darauf wird die

Öffentlichkeit ausgeschlossen.

In der nichtöffentlichen Sitzung wird die Wahl eines Landesrats und eine Besoldungsordnung erörtert. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit, gibt der Vorsitzende bekannt, daß zum Landesrat der Geh. Regierungsrat Dr. Hübner von Handelsministerium mit 72 Stimmen gewählt worden ist. Auf Landesrat Vorbe entfielen 32 Stimmen. Zum Landeshaupmann wurde der jetzige Kleinbahninspektor Zell mit 56 Stimmen gewählt, auf den Provinzialrat Dr. Heber entfielen 39 Stimmen.

Nachdem Abg. Dr. Gerke noch eine Erklärung auf einen Angriff des Kommunisten Wallat abgegeben hat, schließt Präsident Weims um 8 Uhr die Sitzung und besetzt auf heute 1/2 5 Uhr die neue Sitzung an.

Kurz vor Beginn der Sitzung gibt es eine lebhafte Debatte über Punkt im allgemeinen Material im besonderen. Die Wandgemäß des Professors Vogel werden einer eingehenden Besprechung unterzogen. Um 1/2 10 Uhr schließt die Glocke des Bizepräsidenten Dr. Schüle und der Saal beginnt, sich langsam zu füllen. Nach der Eröffnung magt

Abg. Koezlin geschäftliche Mitteilungen. Es wird mit der Besprechung der Denkschrift über die Organisation der Sozialen

Kriegsbeldschädigtenfürsorge

begonnen. Darüber spricht der

Abg. Kuntz (S. E. P. D.). Das Deutsche Reich hat die moralische Verpflichtung für die Kriegsober zu sorgen. Durch das einige Organisieren und Umorganisieren ist ein Aufbruch der Arbeit entstanden, die von einer Zentralstelle nicht allein erledigt werden kann. Die ausgebildete Denkschrift enthält vieles zur Befriedigung der Not, aber ersichtlich ist sie nicht. Die Personalfrage in den Fürsorgeverwaltungen erscheint dem Redner zu hoch. Er erläutert jodam Einzelheiten der Denkschrift, betont nochmals, daß die Verwaltungsstellen zu hoch sind, daß man im Interesse der Kriegsober verpflichtet sei, härter zu wirtschaften, und daß unbedingt abgebaut werden muß. Die öffentlichen Fürsorgestellen sollten mit Nachdruck besetzt werden. Er beantragt, einen 7-gliedrigen Ausschuss zu bilden, der sich mit dem notwendigen Abbau der Verwaltung zu befassen habe.

Abg. Weimer (Komm.) ist ebenfalls der Meinung, daß im Interesse der Kriegsober gehandelt und ständig geteilt werden muß. Es gilt, neben der materiellen Unterstützung auch für die Seelen zu sorgen.

Abg. von Krause (Dem.) wünscht das nötige Vertrauen zwischen den Hauptfürsorgestellen und den örtlichen Stellen hergestellt zu werden. Er hält einen 7-gliedrigen Ausschuss für nicht notwendig.

Abg. Pauli (Komm.) schlägt vor, Stellen zu schaffen, die von Scherwerbsschädigten besetzt werden können. Dem Kriegsbeldschädigten muß es oft schwer fallen, private Hilfe im Aufbruch zu nehmen; er wolle, daß er der Menschheit zur Last fällt.

Der Deserenten Landesrat Baurschmidt gibt ein Bild von der Arbeit der Fürsorgestellen.

Abg. Weimer (S. E. P. D.) kann sich mit den Ausführungen des Landesrates nicht in allen Teilen einverstanden erklären. Er bittet den Antrag seiner Parteigenossen anzunehmen.

Es folgt die Abstimmung über den Antrag der S. E. P. D., der mit großer Mehrheit angenommen wird. Heber die Zustimmung des Ausschusses herrschen noch einige Unstimmigkeiten. Die Bürgerliche Vereinigung wünscht in dem Ausschusse mit drei Sätzen vertreten zu sein, wie es ihr zukommt. Ein Antrag Bergemann, ihr nur zwei Sätze zuzugewähren, wird angenommen. Da mit diesem Beschlusse gegen die Geschäftsordnung verstoßen wurde, stellt

Abg. Cludius den Antrag, die Sitzung kurz zu unterbrechen. Der Präsident legt darauf eine Pause von zehn Minuten ein. Der Ausschuss legt sich demnach aus 2 Wirg. Beirätig., 2 S. E. P. D., 1 Zentrum, 1 Demokratie und 1 Kommunist auf.

Nach Wiedereröffnung stellt Abg. Cludius fest, daß nach der Geschäftsordnung der Beschluß nicht fassbar ist. Die demokratische Fraktion ist der Meinung, daß ein Kontrollauschuß unzulässig ist.

Abg. Cludius schlägt vor, die Zahl der Ausschussmitglieder auf 8 zu erhöhen.

Abg. Zittel beantragt neun Mitglieder.

Abg. Bergemann gibt darauf bekannt, daß seine Fraktion auf ein Mitglied beschränkt werden soll.

Abg. Cludius stellt fest, daß die Geschäftsordnung jedem heilig sein solle, auch wenn es sich um unbedeutende Dinge handelt.

Nach einigen, wenig erhellenden Redereien ist die Aussprache beendet. Die Kommunitäten beantragen darauf eine zweiwöchentliche Vertagung. Eine Vertagung scheint anfangs nicht möglich zu sein, schließlich einigt man sich, die Sitzung zu unterbrechen und um 1/2 5 Uhr fortzusetzen.

Das Memelland fordert Abstimmung.

Eine vom Deutsch-litauischen Memelland angenommene Entschliessung besagt u. a.: Nach der Befestigung der Besatzungsgebiete sollen die Bewohner des Memelgebietes vor einer Entscheidung über ihr Geschick geschützt werden. Der Willen der Bewohner kann aber nur durch eine neue Volksabstimmung zum Ausdruck kommen, da der Freistaatsgedanke nur Boden gewinnen konnte, weil die Besatzungsbehörden diejenigen, die ihre Liebe zu Deutschland kundtaten, verfolgten. Deshalb entspricht die Eröffnung eines Freistaates, der ohne Deutschlands Unterstützung verfallenen Mächte, nicht dem Wunsche der 98 Prozent deutsch gesinnten Bevölkerung.

Ein Denkmalstein in Frankreich.

Der Präses des Departements Meuse hat in einem Briefe an die Bürgermeister bekanntgegeben, daß eine Anzahl der Ehren der gefallenen Soldaten errichteten Denkmal, die meist von Poinecra eingeweiht worden sind, aus Deutschland kommen.

Die „Germania“ erscheint nur noch einmal täglich.

Die „Germania“, das Hauptorgan der Zentrumspartei in Berlin, gibt bekannt, daß sie vom 1. November ab wöchentlich als Wochenblatt erscheinen wird, Sonntags dagegen wie bisher morgens.

Der neue Bezugspreis.

Die unaufhörliche Weitererhöhung der Löhne und Preise (namentlich des Papiers) zwingt auch die Zeitungen im Interesse der Selbsthaltung zu neuer Erhöhung der Bezugspreise.

Das Reichsorgan Tagesblatt feiert für November bei freier Zustellung durch Posten 180 Mark, bei Abholung von der Geschäftsstelle 175 Mark, (in Badenbayern je von Montag bis Sonnabend 40 Mark). Im Verhältnis zu den sonstigen Preissteigerungen darf die Erhöhung für verstanden genannt werden, was unter jeder Hinsicht als würdigen wissen werden.

Der Betrag des Reichsorgan Tagesblattes (Literat.)

Familien - Nachrichten.

Verlobt. Gertrud Günther m. Paul Gallaß, Berlin; Maria Adersmann m. Artur Jögendorf, Worbis.

Vermählt. Walter Köhler mit Frau Ellsbeth geb. Beyer, Weihenfelden.

Gestorben. Gertrude Kupfer, 72 J., Weihenfelden.

Morg. Donnerstag vorm. 10 Uhr im Gasthaus 'Halbermond', hier

Berkeigerung

von
Gastwirtschafts-Möbeln
und sonstigem Inventar
Erlaube ausführlich. Inverat
vom 28. 10.

Albert Franke,
bedingter Auktionator.

**Landwirtschaftliche
Inventar-Auktion!**

Sonnabend, den 4. November d. J., von
vormittags 10 Uhr an, werde ich im Wollsch
Grundstück (Gastwirtschaft) in Tausch bei Frank-
leben (Kleinbahn- u. Ueberlandbahnstation) das ge-
samte vorhandene lebende und tote Inventar ver-
änderungslos öffentlich meistbietend gegen Bar-
zahlung veräußern als: 2 Pferde (Kühe, Küllen,
9-10 jährig), 1 6 jähr. Zwitter, 3 Fohlen (1 1/2,
2 1/2, 3 jähr. Blauschimmel, 1 1/2 jähr. Rasse, 1 1/2 jähr. Fuchse-
Belger), 2 Karre und große 9 jähr. handver-
arbeitete Pferde (Fuchs u. Bremer); Drill, Häckel-
Reinigungsmaschine, 4 zöll. und 2 1/2 zöll. Rüstwagen,
Stellen, Roll-, 2 Gerber Breiwagen, Hinterlader,
Rastwagen, 1 Schwamm, 100 Str. Tragst., mit
neuem Patent-Wagen, 1 1/2 zöll. mens. ger., 2 Sten-
wagen; Schleppkarre, eis. Pfing, 2 Sch. Entgegen,
eiserne- und Holzgeigen, 2 Klümmen, Häufelpflanz-
Handbackmaschine, Jauchenschiff, Dehlmühle, 2 kompl.
Ferdigebühnen, mehrere Sammel-, 2 Berren- und 1
Dammgatter, Scheibchen sowie 2 Scheibchen und
verschiedenes andere Haus- und Wirtschaftsgüter.
Besichtigung 2 Stunden vorher.

Albert Franke, bed. Auktionator.
Lindenstraße 11.

Kreissparkasse Merseburg
Ecke Schulstr. Kl. Ritterstr.

Telephon 540.

Mündelsicheres Geldinstitut
unter Haltung des Kreises Merseburg.

Versicherung der Einlagen vom Tage der Ein-
zahlung ab.

Annahmestellen in größeren Orten
des Kreises.

Erladigung aller bankgeschäftlicher Ange-
legenheiten.

Geschäftsverbindung mit allen Geld-
instituten Deutschlands.

Antliche Hinterlegungsstelle.

**Gestrickte
= Damen-Jacken =**
in Wolle und Kunstseide

**Jumper — Blusenschoner
Berchtsgadener - Jackchen**

empfehlen in reicher Auswahl und
vielen modernen Farben preiswert

H. Schnee Nachfl.
A. & F. Ebermann
Halle a. S. Gr. Steinstr. 34.

**Grammophone
Schallplatten
Nadeln**

Große Auswahl in Apparaten, so-
wie in Künstler- und Tanzplatten
(neueste Aufnahmen)

Rückkauf von Platten-Altmater' al.
Verlangen Sie kostenlos Verzeichnisse.

C. A. KLEMM .- Leipzig
Neumarkt 26 Fernruf 2096

Sauggas-Anlagen
sowie
Motoren jeder Art

wenn auch reparaturbedürftig,
gegen Kauff zu kaufen gefucht.

H. Joenthal, Nürnberg, Halberstadt.
Telefon 11892. Telegr.: Joenthalmotor.

Oeffentliche Protest - Verlammlung

gegen die
Handel u. Gewerbe erdrückenden Steuern
am Donnerstag, den 2. November, mittags 1,30 Uhr im Tivoli.

Redner: Bundesvorsitzender Voigt-Berlin,
Landtagsabgeordneter Menzel-Stettin.

Anschließend freie Aussprache!
Jeder, den es angeht, muß erscheinen!

Deutscher Handwerkerbund.
Wirtschaftsverband für Handel und Industrie.
Erwerbstät. Mittelstands-Bereinigung von Merseburg und Umgegend.

Grundstück
mit freier Wohnung sucht
Max Raundorf
Düben a. Malde,
Landhaus Dabem.

Wenden Sie sich wegen preiswerter
und gediegener
MÖBEL
an **O. Scholz Ww., Merseburg**
Gothardstr. 34. — Telephon 458.

Asthma
kann in etwa 15 Wochen
geheilt werden.
Sprechstunde in Halle
Magdeburgerstr. 60 II,
jeden Freitag
von 10-11 Uhr.

Dr. med. Alberts
Spezialarzt f. Asthmaleiden.

Stroh
kauft laufend
jeden Posten

**Leipziger Weibend-
Baugesellschaft**
Leipzig - Lindenau,
Löhnerstr. 164.
Teleph. 43187.



**Vornehme
Beleuchtungskörper**
Landkraftwerke
Merseburg, Gothardstr. 29.

Sehr beliebt
in allen Frauenkreisen
u. für die Hausseinerdrei
besonders wertvolle
Helfer sind:

das **Jugend-Moden-
Album**, Preis Mk. 7.—,
das **Favorit-Moden-
Album**, Preis Mk. 10.—,
das **Favorit-Handar-
beits-Album**, Preis Mk.
7.—, postfrei je Mk. 2.—
mehr, der **International.
Schneidmanufaktur**,
Dresden-N. 8.

Nach Favorit-Schnitt-
mustern zu schneiden ist
sparsam und leicht. Alles
sitzt und zeugt von Ge-
schmack. Besonders zu
empfehlen:

Favorit-Wäscheheft,
Preis Mk. 3.—,
Gestrickte Kleidung
selbst herzustellen, Preis
Mk. 6.— zuzügl. Porto.

Marie Müller
Gothardstraße 42.

Schreibl. Heimarbeit
4 Vitalis-Verl., München N 101

Eine Ausstellung
von
**Arbeiten in Holz-, Metall- und
Papp-Bestaltung**

gefertigt von Teilnehmerinnen des Lehr-
ganges zur Ausbildung von Werk-
statteleitern im Dienste der Jugendpflege
findet **Sonntag, den 5. November**,
nachmittags von 12-5 Uhr, statt.

Jedermann herzlich willkommen.

Hemplich.

4 Dramatische Abende

Hoffkaupfleier Weinreich gibt für seine 4 Vorträge
(Laudal, Glücklich Fieber, Tantis der Star, Klaus
von Bismarck), Dauerkarten zu ermäßigtem Preise
aus. Alles Näheres in **Boad's Buchhandlung**.

Werk-Unterricht
im Dienste der Jugendpflege

Kinder und Jugendliche, die an den Schulen
für Handfertigkeiten im Jugendheim „Altes Kloster“
(Holz-, Metall- u. Papparbeiten) teilnehmen wollen,
müssen sich täglich von 5-7 Uhr beim Hausmeister
im Alten Kloster melden.

Hemplich.

**Beth's
Gesellschaftshaus**

Im Cafe:
Täglich Konzert
der Kapelle Putler.
Wochen:
Gesellschafts-Abend.

Stadttheater Halle.
Donnerst., abds. 7.30 Uhr:
**Die versunkene
Glocke.**
Freitag, abends 7.30 Uhr:
Margarethe.

**Kleinkunst-
Bühne**

Neues Schloßbühnen-
Tischtheater am 4. Uhr
Sonntag abends 8 u. 9 Uhr
Das große Fest-Programm.
Qualitätsvolle künstlerischer Kanonit-Künstler.
Ideen treten im Programmwechsel.

Direktor:
H. Eiseberger.

Verlammlung
zur Bekämpfung des
Alkoholmißbrauches.

Sonntag, den 5. Novbr.,
nachm. 6 Uhr
im **Sergio Christian:**
Vortrag
von
Dr. Taube-Weihenfelden.
Jeder herzlich willkommen.
J. A. Hemplich.

Bis 40 000 Mk.
für
Perser Brücken.

Bis 30 000 Mk.
pro Quadratmeter
für große
Perser Teppiche.

Angeb. unter **Berbers
teppich** a die Expedition
der Zeitung.

irdst. m. o. ohne
Gesch. Gasthof
H. Kluck, Leopoldshall-
Stassfurt, Kirchst. 8.

Neuere Briefmarken
lole oder in Samml. zu
kaufen gefucht. Angeb. unt.
314 21 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Hohen Verdienst
durch schriftl. Heimarbeit
Berit. etc. Projekt frei
Joh. Schütz, Köln 39

Für mein Manufaktur-
Mode-Waren, Herren- u.
Damen-Konfektions-Ges-
chäft suche ich für Oftern
1923 einen

Geselling
mit guten Schulkenntnissen
zu meiden mit fehlige-
schriebnem Lebenslauf
H. Taiga, Neumarkt 18.

Wer gibt
jung. kinderlosen Ehepaar
2 leere Zimmer
ab. Oftern unt. **Woh-
nungsgenoss** a die Exp.
dieses Blattes erben.

Herr sucht
einfach möbl. Zimmer.
Oftern. unt. **F. K. 339**
an die Exped. d. Blattes.

**Möbl. od. leeres
Zimmer** per sofort od.
später gel.
Oftern. unt. **A. R. 374**
an die Expedition d. Bl.

Anfänger junger Mann
sucht sofort **Schulstube**.
Angeb. unt. **L. W. 360** an
die Expedition des Tagbl.

Techniker sucht
möbl. Zimmer
event. mit Pension.
Oftern a. d. Geschäfts-
stelle unter **St. 622.**

Herr sucht
möbl. Zimmer.
Gef. Angeb. unt. **306/21**
an die Exped. des Tagbl.

Möbl. Zimmer
sucht anfänger junger
Mann. Oftern. unter **L.**
A. 368 an die Exped.
dieser Zeitung.

Möbliertes Zimmer
für sofort gefucht. Oftern
unter **K. K. 339** an die
Expedition dieses Blattes.

10 000 Mark

kommen zur Verteilung an die Teilnehmer
des
Freitag, den 27. Oktober d. Js.
im **Sternburg-Spezial-Aussbank (Teichmanns) Ammendorf**
Hotel
begonnenen
Serien-Preis-Skaten.

1. Preis: 5000 Mark.

Gewandter Herr

nicht unter 25 Jahr alt, mit guter Allgemein-
bildung, der im Rechnen sicher ist und einer
Lohn-Abteilung vorstehen kann, sofort ge-
sucht. Angebote unter **No. S. P. 12** an
die Expedition dieses Blattes.

**Zeitungs-
Austräger**

gesucht.

Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

**Antiquarische Gesellschaft sucht perfekte
Stenotypistin**

mit guter Allgemeinbildung zu sofortigem
Antritt. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften
unter **313/21** an die Expedition dieses
Blattes erben.

Beilage zu Nr. 257 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch, den 1. November 1922

Der Untergang des sozialen Deutschland

Von der Regierung werden andauernd Verordnungen über die soziale Versicherung erlassen, die so tun, als ob diese noch bestände, während ihr tatsächliches Bestehen seit längerer Zeit jede reale Grundlage vollkommen entzogen ist.

Schon bald nach dem Kriege war es klar, daß der Schwerpunkt der Aktivitäten der Entente war, durch abschlägliche Erzeugung und Verschärfung der Forderung in Deutschland die Lebenshaltung der breiten Masse zu senken, um dadurch Beträge für Reparationsleistungen frei zu bekommen. Die Entente hat aus dieser ihrer Absicht niemals ein Hehl gemacht. So sagte am 14. August 1921 der englische Schatzminister: „Man muß zwangsweise die Löhne in Deutschland äußerst niedrig halten; zur Abzahlung der Entschädigungsschuld muß die Herabsetzung der Lebenshaltung unter den arbeitenden Massen durchgeführt werden. Dem deutschen Arbeiter muß nahegelegt werden, daß nur, wenn er zu niedrigen Löhnen arbeitet, die große Schuld Deutschlands bezahlt und eine Befreiung vermieden werden kann.“ Damals glaubten manche, es handele sich nur um eine Drohung. Ihr Irrtum jedoch sehr bald die Vermittlung. Sie trat zum ersten mal deutlicher in Erscheinung, als auf der Brüssler Finanzkonferenz die alliierten Sachverständigen die Ansicht ausprägten, die deutschen direkten Steuern seien teilweise schon zu hoch, während die indirekten Steuern, vor allem die Verbrauchssteuern, noch eine kräftige Erhöhung erfahren könnten. Noch offensichtlicher wurde das Ziel, als die Entente forderte, die deutsche Regierung müsse die Lebensmittelpreise einstellen, da mit ihrer Hilfe die deutsche Inflation für den Weltmarkt billiger produzieren könne. Ganz klar wurde es, als die Erhöhung der Einkommen- und Körperschaft, die Kohlensteuer usw. von der Entente verlangt und auch durchgeführt wurden, Maßnahmen, die selbstverständlich auf die Lebenshaltung der breiten Masse nicht ohne Rückwirkung bestehen konnten.

Die bisherigen Forderungen genügen der Entente anscheinend aber immer noch nicht. Ihr nächstes Ziel ist die Einschränkung des Warenverkehrs und das Eingangsrecht gegen die Ausgaben der Regierung — namentlich hinsichtlich der Lebensmittel. Es ist nicht anzunehmen, daß die Erfüllung dieser Forderungen sich im Unklaren befindet. Sie werden mit ihrem Verlangen also eine ganz bestimmte Absicht verbinden und diese kann nur darin erblickt werden, daß sie die von ihnen mit ihren Forderungen geforderte Senkung der Lebenshaltung in ihrer ganzen Schärfe für die breiten Volksschichten in Erscheinung treten lassen wollen, die Kaufkraft der Bevölkerung zu senken und die dadurch eintretenden Einschränkungen an Verbrauch zur Begleichung neuer Reparationszahlungen auszunutzen. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegt auch noch die Nebenabsicht vor, durch Zerstörung der sozialen Stellung und der sozialen Beziehungen der Bevölkerung die Agitation in

den Ländern der Entente zu erschöpfen, die für die affizierten Arbeiter eine Angleichung ihrer sozialen Stellung an die deutschen Verhältnisse fordert.

Man kann sagen, daß im allgemeinen das Ziel der Entente erreicht ist. Der Ansehen eines sozialen Deutschland läßt sich nur noch durch die Papiergeldwirtschaft aufrecht erhalten. Sobald diese zusammenbricht, ist es um das soziale Deutschland geschehen.

Der Prozeß des Reichsfinanzministers Hermes gegen die „Freiheit“

Vor dem Landgericht III begann am Dienstag der Verleumdungsprozeß des Reichsfinanzministers Dr. Hermes gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der Freiheit Richard Densel. Gegenstand der Klage ist die bekannte Artikelserie der Freiheit, in der Minister Hermes vorgeworfen wurde, daß er als Generalkommissar für billige Befreiungen des Wingerverbandes für Mosel, Saar und Runder den Verband finanziell unterstützen und erhebliche Zuzahlungen verweigert habe. Reichsminister Hermes, der als Nebenkläger zugelassen und zur heutigen Verhandlung erschienen ist, wird durch Rechtsanwält Dr. Alsbach, der Beklagte durch Rechtsanwalt Dr. Weis, und Rechtsanwalt Dr. Böhmig vertreten. Zugleich mit der Verleumdungsklage des Ministers wird gegen den Angeklagten auch eine Verleumdungsklage verhandelt, die von den Beamten des Ernährungsministeriums angehängt worden ist.

In der Verhandlung erklärte der Angeklagte: Ich übernehme volle persönliche Verantwortung für die inkriminierten Artikel. Eine persönliche Verleumdung des Ministers war von uns nicht beabsichtigt.

Vorl.: Was halten Sie von Ihren damaligen Verleumdungen noch aufrecht?

Angekl.: Ich will den Nachweis dafür führen, daß Herr Dr. Hermes als Ernährungsminister von Personen und Verbänden, über deren Anträge auf Zuzahlung er zu entscheiden hatte, Wein- und Zerkleinerungen weit unter dem landesüblichen Preis erhalten und solche sogar befreit hat. Ich kann ein solches Verhalten nur mit dem Wort Korruption bezeichnen.

Hierauf wurde Reichsfinanzminister Dr. Hermes als Zeuge vernommen. Auf die Frage des Vorsitzenden gibt er die Daten für sein Ministerium und fährt dann fort: Als Leiter der land- und forstwirtschaftlichen Sektion kam ich im Sommer 1919 auf Veranlassung des Abg. Rehes mit Vertretern des Wingerverbandes in Verbindung, die zur Bekämpfung von Beschädigungen aus dem für diese Zwecke angekauften Fond eine Unterstützung in Höhe von 50 000 Mark forderten. Oberverwaltungsrat v. Helmberg, mein Hilfsarbeiter, führte die Einzelverhandlungen und es wurde dem Wingerverband für Mosel, Saar und Runder schließlich der gebührende Betrag, dem Deutschen Weinbauverband zu gleichen Ansehen eine Summe von 25 000 Mark zur Verfügung gestellt.

Vorl.: Es fällt mir nun auf, daß ein Antrag des Wingerverbandes auf Zuteilung von 30 000 Zentner Zucker vom Reichsernährungsministerium am 20. Oktober 1920 an das preussische Landwirtschaftsministerium abgegeben wurde, während andere Anträge meistens strikt abgelehnt wurden.

Minister Dr. Hermes: Infolge der lebhaften Klagen über die Zuckererteilung begannen wir Ende 1920 das System zu ändern, und 1921 war es dann mit Zustimmung der Länder völlig dahingehend umgestellt, daß der Zucker nicht den Kommunal-, sondern den Provinzialverbänden zugewiesen wurde. Anlaß dazu gab auch die Vorstellung der Moselwiner bei mir.

Rechtsanwalt Dr. Weis: War denn das ein Novum, und war der Wingerverband der erste, der den Zucker direkt erhielt? Dr. Hermes: Ja wohl. Eine Wingerdeputation zusammen mit rheinischen Abgeordneten verlangte damals im Reichstag vom mir die Genehmigung der Zuckereinfuhr und hatte auch gleich einen Händler mitgebracht, der sehr günstige Offerten machte.

Auf weitere Befragung des Vorsitzenden erklärt Zeuge Dr. Hermes nochmals, daß ihn bei der Zuzahlung die Ministerierung des Wingerverbandes, nicht im Gedächtnis war.

Zeuge Hermes: Das ist mir allerdings bekannt. A. A. Dr. Weis: Wollen Sie, daß Vorträge von anderen Wingerverbänden runder abgehalten worden sind?

Nach einer kurzen Mittagspause wurde in der Bernehmung des Ministers fortgefahren. Der Vorsitzende verlas zunächst das Protokoll einer Sitzung im Reichsernährungsministerium vom 21. Dezember 1921, an der auch die Vertreter des Wingerverbandes für Mosel, Saar und Runder teilnahmen. Regierungsrat Taffe teilte in dieser Sitzung mit, daß der Minister zur Befreiung der Mosel für die dortigen Winger entschlossen habe, was seitens der Wingervertreter mit Dank anerkannt wurde. Man erregte sich dann hinsichtlich der Höhe der Zuzahlung auf 4000 Doppelzentner. Ueber die Ausfuhr dieses Beschusses äußerte sich Minister Dr. Hermes dahin, daß, soweit ihm bekannt sei, die Verteilung durch eine Generalkommission in Coblenz vorgenommen wurde und daß auch andere Verbände daran partizipiert hätten.

Vorl.: Es sind ja wohl damals Klagen laut geworden, daß in der Bevölkerung vielfach billiger Zucker aufgetaucht sei.

A. A. Dr. Alsbach: Regierungsrat Jungel hat in einem Schreiben an das Ministerium (Rehe'sches Schreiben) den Standpunkt vertreten, daß, wenn man diese Zuzahlung nicht politisch aufsehe, sie überaus nicht zu rechtfertigen sei.

Dr. Hermes: Zunächst hat natürlich als Zuzuförderer keinen besonderen Standpunkt gehabt. Dr. Weis: Sieht man also die Möglichkeit bestand, daß die Rat an der Mosel nicht so groß war, sondern daß der Wingerverband mit der Zuzahlung ganz andere Zwecke verfolgte. Dann war doch die Entscheidung des Ministers damals mehr oder weniger unrichtig.

Dr. Böhmlein: Am 18. Dezember 1920 hat Jungel an Jaffe geschrieben, daß alle Weinbaugelände so reichlich mit Juder bepflanzt worden seien, daß bei vernünftiger Verteilung alle Ansprüche der Winger hätten befriedigt werden können.

Dr. Hermes: Ich muß diese Darstellung entschieden zurückweisen. Das ist eine völlige Entstellung der Tatsachen. Der Juderreferent war gegen die Zuteilung, der Weinbaureferent hat das dringliche Bedürfnis anerkannt, schlug aber einen Ausgleichmodus vor, den ich ablehnte. Der Referent für die besetzten Gebiete und Staatssekretär Jauer waren für die Zuteilung, und ich habe mich ihnen angeschlossen.

Herr: Hatten Sie irgendwelchen Einfluß auf den Preis, den die Winger zu zahlen hätten?

Dr. Hermes: Weder auf die Menge, noch auf den Preis.

Dr. Böhmlein: Am 3. Januar 1921 hat dann Herr Dietl an Jungel geschrieben, der Jodel seien 4000 Doppeljocher zur Verfügung gestellt worden, obwohl ein einwandfreier Beweis für die Notwendigkeit nicht erbracht sei und die Verschönerungen von Weinäcker bekannt gewesen seien. Waren Ihnen denn diese Schiebungen mit Weinäcker bekannt?

Dr. Hermes: Nein. Uebrigens ist dieser Vorwurf gegen die Allgemeinheit der Winger völlig unberechtigt. Am

23. Mai 1921 hat dann der Wingerverband für Jodel, Saar und Ruwer wieder eine Zuteilung beantragt. Am 4. Juli ordnete ich dann an, daß, sofern die Länder einverstanden seien, die Verteilung in Zukunft durch den Deutschen Weinbauverein vorgenommen würde. Die Winger hat sich mit dieser Maßnahme auch sofort einverstanden erklärt. In diesem Sinne ist dann dem Wingerverband gemeldet worden, da mit ausreichender Juderbelieferung für August zu rechnen ist. Damit war sein Antrag abschlägig beschieden.

Politische Rundschau Bayern und die deutsche Zukunft.

Dr. Heim über Reichstag und Reichsregierung.

München, 30. Oktober. In der gestrigen begonnenen Landesversammlung der Bayerischen Volkspartei sprach Abg. Dr. Heim, der erklärte, die gegenwärtige Richtung der Reichspolitik müsse sich auswirken, bis die Reichsregierung selbst ihren Vortritt ausspreche. Was die Arbeit im Reichstag anlangt, so könne die Bayerische Volkspartei keine engen Koalitionsgemeinschaft eingehen. Der Reichstagsler werde sich nur dann längere Zeit noch halten können, wenn

es ihm gelinge, die Gegenläufe von rechts und links noch fern zu halten. Es sei unbedenklich, daß die bürgerlichen Parteien auf längere Zeit zu einem festen Arbeitsbündel zusammengeführt werden könnten. Dr. Heim erwartete von Berlin kein Heil mehr. Der Reichstag und die Reichsregierung könnten an den Dingen nichts mehr ändern. Um so wichtiger werde die Rolle Bayerns. Bayern müsse genappert sein, wenn die Krise über uns kommt. Man müsse danach trachten, wenigstens in Bayern die Dinge zu meistern, denn einmal könne es heißen: Deutschland, dein Vager ist in Bayern.

Drei Reichsbücher über den Zusammenbruch.

Der vierte Unterausschuß des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, Vorsitzender Geh. Rat D. Dr. Kahl, hat die Gründe des Zusammenbruchs von 1918 zu prüfen hat, hat jedoch drei Reichsbücher herausgegeben. Die Reichsbücher behandeln, wie B. L. B. schreibt, die Entfesselung, Durchführung und den Zusammenbruch der Offensive von 1918. Das erste Buch enthält ein Gutachten des Sachverständigen des Ausschusses, Obersten a. D. Schmetzger, über die Frage der politisch-militärischen Verantwortlichkeit, und zwar den ersten Teil bis zum Beginn der Offensive im März 1918. Das zweite Reichsbuch enthält ein Gutachten des Generals der Infanterie a. D. von Kuhl über die militärische Grundlage der deutschen Offensive im Jahre 1918.

Außerdem fand es fest, daß die schweren Kisten entweder auf der Straße geöffnet oder zu Wagen fortgeschafft waren. Aber niemand wollte etwas gesehen haben.

Zu diesem merkwürdigen Umstand kam noch ein anderer, der, wenigstens für die Polizei, nicht minder sonderbar war.

Zwei dieser besseren Verkaufsläden von Haushaltswaren lagen an jener Stelle des Königsgrabens nämlich nebeneinander, und ein dritter den beiden gerade gegenüber. Der Zufall hatte es gewollt, daß derselbe hahnentische Specht allen dreien mit derselben Fährde solche wertvolle Kisten gebracht hatte. Die Diebe hatten sich aber damit begnügt, den Empfänger der geringsten Sendung zu bestehlen, obwohl die Schwerterleiten in den beiden anderen Läden durchaus nicht größer gewesen waren.

Die beiden letzteren waren Abonnenten der Bad- und Schildegemeinschaft „Argus“, der Bestoßene aber war es nicht. Die Gesellschaft hatte natürlich nicht veräußert, aus diesem Umstände Kapital zu schlagen, und es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß sie damit Glück hatte.

Das war alles, was in dem noch sehr dünnen Aktenstück stand, denn seine Vermutungen plagierte Heinrich Greve nicht hineinzu schreiben. Unter diesen war es besonders eine, die ihn quälte, eigentlich gar nicht einmal eine Vermutung, sondern ein scharfes Verdict, böser Verdict, den er monatelang entrichtet zu verschlingen suchte, der aber doch, wie alle die bösen Ahnungen, immer wiederkehrte. Wenn er sich die Frage vorlegte, warum sich wohl die Diebe mit den am wenigsten wertvollen Kisten begnügt haben mochten, so drängte ihm jener böse Verdict die Antwort auf die Lippen: weil dort nicht das beste runde Stüch mit den getrennten Schließeln an den Türen hing.

Die Gesellschaft ist neu und braucht Reklame, caunts der Verdict. Ihre Wächter sehen Säbner.

(Fortsetzung folgt.)

Der Silberstreifen des Freigeitlen Gerhard Hennecke

von A. Klein-Hoffel.

Nachdruck verboten.

Erstes Kapitel.

Der Kriminalkommissar Doktor Heinrich Greve sah im Gesellschaftsanzug und den Hut auf dem Kopfe in dem bequemen Nehnkübel vor seinem Schreibtisch. Inzwischen hatte er diesem Möbelstück halb den Rücken zugewandt, gleichsam unangenehm, daß ihm der dort aufgestellte Affenstoss an diesem Abend gestohlen werden könne. Er hatte eine Zigarre im Hinten Mundwinkel hängen und ließ den Blick oberflächlich über eine Zeitung schweifen, die er in der Hand hielt.

„Hilf du bald fertig?“ fragte er nun, wobei die Zigarre im Mundwinkel einige Sprünge machte.

„Bald, Vating, noch eine Minute“, rief eine wohlklingende Mädchenstimme aus dem Nebenzimmer zurück. Man hörte zugleich ein verführerisches Rascheln von Seide durch den Türspalt und einen leichten Fuß, der mehr über den Boden zu schweben als zu gehen schien.

Heinrich Greve legte die Zeitung fort und griff nach dem Tabak. Als ihm dabei ein Klumpen weißer Asche in die Handbewegung darüber fiel, wusch er mit einer unwilligen Handbewegung darüber hin. Es schien ihm nicht zu hüben, daß einige graue Flecke zurückblieben.

Schließlich warf er auch das Verbot auf den Schreibtisch und sah nach der Uhr.

„Aber, Kind, bist du denn immer noch nicht fertig?“

„Noch ein Minuten, Vating,“ schaltete es lachend zurück. „Dann gab es hinter der Tür ein geschäftiges Rascheln. Man konnte sich orientiert vorstellen, wie zwei schmale Hände den hundertsachen Kleiderbedarf einer Dame durchsahnenberausen.

Der Kommissar war aufgestanden und ging mit langen, etwas schwerfälligen Schritten in dem geräumigen Gemach auf und ab. Schließlich blieb er vor dem Fenster stehen, obwohl dort die Vorhänge zugezogen waren.

Von unten herauf drang das schnelle Klingeln der Straßenbahnwagen und das Getrappel der über den Asphalt eilenen Pferde. Aber diese Geräusche erreichten doch nur wie aus weiter Ferne das Ohr des Mannes, der auf einmal in Gedanken versunken war, nicht in jenes wohlige Ständchen, mit dem man gern die Wertzeit vor einer angenehmen Sache ausfüllt, sondern in das angestrengte Geschehen, zu dem ein Kriminalkommissar in einer fast fünfzigjährigen Dienstzeit oft genug Gelegenheit hat.

Und obwohl es, wie bereits gesagt, an den geschäftigsten Vorhängen durchaus nichts zu sehen gab, gingen die grauen Augen doch mit einem so gespannten Ausdruck daran, als siege die Lösung des Geheimnisses, das ihn beschäftigte, in einer der zahllosen, winzigen Zutrittswachen verborgen.

Die Einzelheiten dieses Geheimnisses waren in dem obersten der auf dem Schreibtisch gestülpten Aktenstücke verzeichnet, und er hatte ihn vor wenigen Minuten oberflächlich den Rücken gefühlt.

Eine gewöhnliche Einbruchsgeschichte, einfach in der Anlage, aber schön in der Ausführung und merkwürdig vom Glück begünstigt.

In Königsgraben hatten vor einigen Wochen Diebe einem Kaufmann zwei Kisten mit Silbergeschätz, die am Abend angekommen und noch nicht geöffnet waren, des Nachts aus dem Laden geholt. Sie hatte den einfachsten Weg gewählt, das den Eingang sührende Gitter niedergelassen und die Vordertür mit einem Nachschlüssel geöffnet, den sie sich verschafft hatten.

Den Königgraben war eine ziemlich betriebene Geschäftstraße, in der alle dreißig Schritte eine Laterne brannte und wo in den Obergeschossen der meist vierstöckigen Häuser eine Menge Menschen wohnten. In den Stockwerken über dem erbrochenen Laden hausten allein an die zwanzig Personen.